

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
16. Sitzung

Berlin, den 06.02.2012, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7

Tagesordnungspunkt 1 S. 11

Möglichkeiten und Grenzen zur Steigerung der Ressourceneffizienz
Anhörung mit Prof. Dr. Reinhard Hüttl, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker und Friedel Hütz-Adams

Tagesordnungspunkt 2 S. 31

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 7. Mai 2012
"Voraussetzungen und Perspektiven für Innovation und Fortschritt in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Unternehmen"

Tagesordnungspunkt 3 S. 32

Fortführung der Klärung von Dissenspunkten und Schlussfolgerungen aus den Beratungen vom 16. Januar 2012

Tagesordnungspunkt 4 S. 35

Berichte aus den Projektgruppen

Tagesordnungspunkt 5 S. 36

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"
 Montag, 6. Februar 2012, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste



gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	<i>[Signature]</i>	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüflein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	<i>[Signature]</i>	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	<i>[Signature]</i>	Schön (St. Wendel), Nadine
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid	Heil (Peine), Hubertus
Bulmahn, Edelgard	<i>[Signature]</i>	Högl Dr., Eva
Kolbe (Leipzig), Daniela	<i>[Signature]</i>	Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	<i>[Signature]</i>	Schaaf, Anton
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Bögel, Claudia	<i>[Signature]</i>	Sänger, Björn
Skudelny, Judith	<i>[Signature]</i>	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine	Bulling-Schröter, Eva
Lötzer, Ulla	<i>[Signature]</i>	Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 6. Februar 2012, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Andreae, Kerstin		Gambke Dr., Thomas
Ott Dr., Hermann	Wilms Dr., Valerie	

off

Montag, 6. Februar 2012, 13:00 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

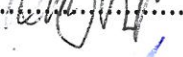
Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

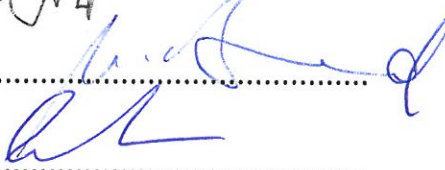
Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver


.....

Bracht van, Georg


.....

Brand Prof. Dr., Ulrich


.....

Carstensen Prof. Dr., Kai


.....

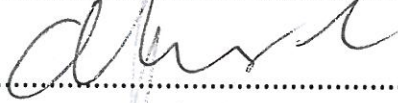
Enderlein Prof. Dr., Henrik


.....

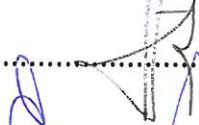
Habisch Prof. Dr., André


.....

Hexel, Dietmar


.....

Hölz Prof., Hanns Michael


.....


Jänicke Prof. Dr., Martin


.....

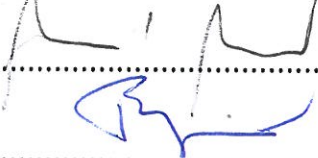
Jochimsen Prof. Dr., Beate

.....

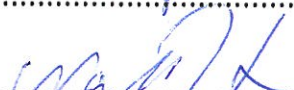
Miegel Prof. Dr., Meinhard


.....

Müller, Michael


.....


Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz


.....

Reuter Dr., Norbert


.....

Schmidt Prof. Dr., Christoph


.....

Schneidewind Prof. Dr., Uwe


.....

Wagner Prof. Dr., Gert

.....

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 6. Februar 2012, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

A. Amersbaryr

SPD

Marie Detlevsen

Bundestag

Christine Seitz

B90/Grüne

Susanne Volkmann

SPD bei A. Braun

Richard Hoff

Linke!

Jochen Fick

CDU

A. Mistl

CDU/CSU

Schneefel

FDP

CHRISTEN

LINKE

Beginn der Sitzung: 13.20 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), eröffnet die Sitzung, begrüßt sodann sowohl die Mitglieder der Kommission als auch die Zuschauer recht herzlich und weist auf die Öffentlichkeit der Sitzung sowie die Übertragung im Parlamentsfernsehen hin.

Sie weist auf den Vermerk über das Obleutegespräch vom 24.01.2012 hin, der an sämtliche Kommissionsmitglieder versandt worden sei. Nachdem sich hiergegen kein Widerspruch erhebt, kann entsprechend der dort getroffenen Vereinbarungen verfahren werden.

Die Vorsitzende macht sodann auf eine geringfügige Änderung der Tagesordnung aufmerksam. Unter Tagesordnungspunkt 2 war die Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 07. Mai 2012 vorgesehen. Gemäß einer interfraktionellen Übereinkunft solle an diesem Termin keine Anhörung stattfinden. Hintergrund für diese Terminverschiebung sei insbesondere der Wunsch der Projektgruppe 3, an diesem Tag ihre wesentlichen Ergebnisse in der Kommission vorzustellen. Deswegen solle dieser bisherige Tagesordnungspunkt 2 entfallen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch aus der Kommission, womit der Tagesordnungspunkt 2 von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Die Vorsitzende weist sodann auf Tagesordnungspunkt 3 hin: „Fortführung der Klärung von Dissenspunkten und Schlussfolgerungen aus den Beratungen vom 16. Januar 2012“. Zu diesem Tagesordnungspunkt liege ein Thesenpapier vor, was von zahlreichen Mitgliedern der Kommission unterzeichnet wurde. Auch dieses, als Kommissionsmaterialie¹ verschickte Papier, solle diskutiert werden.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag regt sich seitens der Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) Widerspruch. Sie kritisiert, dass das Thesenpapier erst am vorangegangenen Freitag, ca. 15.00 Uhr, an die Kommissionsmitglieder versandt wurde. Angesichts der Kürze der Vorbereitungszeit sei es nicht möglich, über diese dort gemachten 12 Thesen fundiert zu diskutieren. Sie schlägt daher vor, das Thesenpapier erst in der kommenden Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Vorsitzende räumt ein, dass die Versendung des Thesenpapiers kurzfristig erfolgte. Sie regt jedoch an, dass das Thesenpapier zumindest kurz in die Debatte der Enquete eingeführt werden möge. Es solle jedoch keine Beschlussfassung über das Papier erfolgen.

¹ Vgl. Kommissionsmaterialie M- 17(26)17

Abg. Claudia Bögel (FDP) schließt sich den Ausführungen von Abg. Vogelsang vollumfänglich an und legt Wert darauf, dass in keinem Falle eine Beschlussfassung über das Thesenpapier in dieser Sitzung stattfinden solle.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) räumt ein, dass die Vorbereitungszeit angesichts der späten Versendung des Thesenpapiers sicherlich kurz gewesen sei. Dies sei allerdings ein Vorgang, der für den Deutschen Bundestag im Allgemeinen keineswegs ungewöhnlich sei. Sie schließt sich dem Vorschlag der Vorsitzenden an, und plädiert dafür, dass das Thesenpapier zumindest kurz eingeführt und andiskutiert werde. Sie weist weiter in inhaltlicher Hinsicht darauf hin, dass in der Obleuterunde durchaus vereinbart wurde, dass eine Nachbereitung der Sitzung vom 16.01.2012 stattfinden solle. Festzuhalten sei, dass das Thesenpapier rechtzeitig am vorangegangenen Freitag an alle Büros verschickt wurde, nämlich vor 15.00 Uhr. Abg. Andreae besteht darauf, dass das Papier in jedem Falle zumindest kurz eingeführt und andiskutiert werde.

Dem widerspricht die Abg. Judith Skudelny (FDP) und macht deutlich, sie fühle sich durch den gesamten Vorgang ‚übrumpelt‘. Sie hätte es sehr geschätzt, wenn sie zumindest auch noch Zeit gefunden hätte, sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen über den Inhalt des Papiers auszutauschen und abzustimmen. Dies sei in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Sie fände es daher falsch, etwas einzuführen und sodann die Diskussion wieder abzubrechen, um sie beim nächsten Mal wieder aufzunehmen.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) wendet gegen den Verfahrensvorschlag der Abg. Andreae ein, dass üblicherweise im Deutschen Bundestag nur bei Eilbedürftigkeit ähnlich verfahren werde. Sie könne eine solche Eilbedürftigkeit mit Blick auf das vorgelegte Thesenpapier nicht erkennen. Auch für das weitere, nach Möglichkeit harmonische Zusammenarbeiten in der Kommission, halte sie die Art und Weise, wie das Thesenpapier eingebracht wurde, nicht für förderlich. Sie drängt darauf, dass das Thesenpapier erst in der kommenden Kommissionssitzung behandelt werde.

Abg. Claudia Bögel (FDP) bekräftigt ihre bereits geäußerte Kritik an der Art der Einbringung des Thesenpapiers und bittet nochmals darum, das Thesenpapier erst in der kommenden Sitzung zu behandeln.

SV Prof. Dr. Hendrik Enderlein plädiert dafür, im Sinne des Vorschlags der Vorsitzenden zu verfahren, was bedeute, das Papier kurz einzuführen. Hierzu gehöre insbesondere die Erläuterung, warum dieses Papier überhaupt eingebracht wurde. Sodann solle es kurz andiskutiert werden, um es in der kommenden Kommissionssitzung ausgiebig inhaltlich zu erörtern.

SV Prof. Hanns Michael Hölz schließt sich dem Vorschlag von SV Enderlein an. Er erinnert daran, dass die Enquete-Kommission nicht in einem isolierten Raum diskutiere, sondern auch vor den Augen der Öffentlichkeit Bestand haben müsse. Nach seiner Auffassung stehe das Parlament, aber auch er als

sachverständiges Mitglied in der Pflicht, sich der Diskussion, die insbesondere in der vergangenen Sitzung am 16.01.2012 geführt wurde, zu stellen. Es sei wichtig, diese zu führen und nicht immer weiter zu vertagen. Er plädiert daher dafür, das Thesenpapier nach der Anhörung zumindest anzudiskutieren.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) gibt zu erkennen, dass er die inhaltlichen Bemühungen, die dem Thesenpapier zugrunde lägen, durchaus anerkenne. Angesichts der Liste der Unterzeichnenden, die das Thesenpapier eingebracht hätten und die sämtlich den Oppositionsparteien zuzuordnen seien, könne er jedoch keine Absicht erkennen, mit dem Thesenpapier einen parteiübergreifenden Konsens zu erzielen. Er habe nichts dagegen, dass das Papier zumindest kurz eingebracht werde. Insbesondere solle doch auch die dahinterstehende Intention erläutert werden. Gleichwohl lege er als Parlamentarier Wert darauf, dass ausreichend Zeit für eine inhaltliche Auseinandersetzung und Befassung mit dem jeweiligen Vorgang eingeplant und zur Verfügung stehe. Vor diesem Hintergrund plädiert er dafür, dass eine eingehende Diskussion des Papiers erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinde. Es sei unbedingt erforderlich, dass man ausreichend Zeit habe, sich auch mit dem Text auseinanderzusetzen, um ihn gebührend diskutieren zu können.

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Meinungsäußerungen schlägt die Vorsitzende moderierend vor, man könne den Text zumindest kurz, das heißt einleitend, vorstellen und insbesondere die zugrunde liegende Intention des Papiers beschreiben. Die Debatte dazu solle aber nicht am heutigen Tage stattfinden.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) gibt sodann zu Protokoll, dass sie gegen diesen Verfahrensvorschlag Widerspruch erhebe.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) bittet die Vorsitzende darum, genauer zu erklären, was sie unter „Einführung des Textes“ verstehe. Wenn dies beinhalte, dass die Unterzeichner des Thesenpapiers kurz darlegen, warum sie es für erforderlich hielten, nach einem Jahr Enquete-Arbeit 12 Thesen zu veröffentlichen, so sei das nach seiner Auffassung in Ordnung. Nicht in Ordnung sei dagegen eine inhaltliche Einführung des Textes.

Die Vorsitzende stellt daraufhin klar, dass sie unter „einführend“ verstehe, dass kurz erläutert werden solle, welche Intentionen bzw. welcher Geist dem Text zugrunde liege und warum er zu diesem Zeitpunkt eingebracht wurde. Selbstverständlich sollte es auch möglich sein, einige wenige Sätze zum Inhalt des Papiers zu sagen. Letztlich solle die Debatte zu diesem Papier auf 5-10 Minuten begrenzt werden.

Daraufhin meldet sich erneut Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) zu Wort. Sie legt Wert darauf, dass im Protokoll deutlich vermerkt werde, dass sie über die Art und Weise, wie das Papier in die Kommission eingebracht wurde,

erheblich verstimmt sei. Insbesondere die Zusammensetzung der Unterzeichner des Thesenpapiers sei aussagekräftig, weil sämtliche Unterzeichner, einschließlich der Sachverständigen, letztlich den Oppositionsfraktionen zuzurechnen seien. Sie halte diese Vorgehensweise für ein harmonisches Zusammenarbeiten in der Enquete-Kommission für nicht dienlich.

Die Vorsitzende sagt daraufhin zu, dass der Unmut dementsprechend im Protokoll deutlich vermerkt werde.

Tagesordnungspunkt 1

Möglichkeiten und Grenzen zur Steigerung der Ressourceneffizienz

Anhörung mit Prof. Dr. Reinhard Hüttl, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker und Friedel Hütz-Adams

Die Vorsitzende leitet sodann inhaltlich in den Themenschwerpunkt der heutigen Sitzung ein und begrüßt recht herzlich die hierzu eingeladenen externen Sachverständigen: Herrn Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl, Herrn Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker und Herrn Friedel Hütz-Adams.

Sie stellt deren Vita im Einzelnen kurz vor.

Prof. Dr. Reinhard Hüttl referiert sodann zum Thema „Natürliche Ressourcen - Verfügbarkeiten, Bewertungsansätze, effiziente Nutzung“. Die wesentlichen Inhalte seines Kurzvortrages seien in Kommissionsdrucksache 17(26)68 niedergelegt, auf die hiermit verwiesen wird. Er habe seinen Vortrag in vier Themenbereiche untergliedert: 1. Die treibenden Faktoren des globalen Wandels, 2. Natürliche Ressourcen, 3. Politische Rahmenbedingungen und 4. Die Rolle von technischer Innovation und gesellschaftlicher Akzeptanz.

Im Anschluss an den einleitenden Vortrag von Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl eröffnet die Vorsitzende sodann die Fragerunde.

SV Michael Müller weist darauf hin, dass in den Millenniumszielen die Ökosystemdienstleistungen in vier Kategorien aufgeteilt worden seien. Er fragt, ob Herr Hüttl Kenntnis von empirischen Untersuchungen habe, die Aufschluss darüber geben, welche Folgeschäden durch den Verlust an Ökosystemdienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland entstehen können.

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl antwortet hierauf, er sei kein Experte auf diesem Gebiet, er wisse jedoch, dass sich der Versuch, diese Aspekte ökonomisch darzustellen, schwierig gestalte. Gleichwohl gebe es eine Reihe von methodischen Ansätzen, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Aus seiner naturwissenschaftlichen Perspektive könne er lediglich Folgendes sagen: Allein in zwei Händen voller Erde bzw. Boden seien so viele Organismen vorhanden, wie es derzeit Menschen auf dem gesamten Planeten gebe. Niemand könne alle Zusammenhänge vollumfänglich abschätzen, dies sei extrem schwierig. Gleichwohl sei es eine herausragende Forderung, ein möglichst hohes Maß an biologischer Diversität zu erhalten.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kommt sodann auf den Aspekt des sog. ‚Carbon Leakage‘ zu sprechen. Sie fragt, welche konkreten Schlussfolgerungen aus diesem Phänomen zu ziehen seien. Die Grundproblematik sei hinreichend bekannt. Ein Ansatz gehe dahin, positive und negative Auswirkungen zu saldieren. Sie fragt, welche Schlussfolgerungen Herr Prof. Hüttl aus diesen Verlagerungstendenzen ziehe.

In seiner diesbezüglichen Antwort verweist Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl auf seine Präsentation und die dortigen Ausführungen zum ‚Carbon Leakage‘. Diese habe er aus Gründen der Zeitersparnis in seinem Eingangsstatement ausgelassen. Er weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf Zertifizierungsmöglichkeiten hin, die bereits praktisch erprobt worden seien.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke berichtet, er sei vor einigen Wochen in Indien gewesen. Dort sei wiederholt eine Stromsperre verhängt worden, weil die Kohlekraftwerke keine Kohle mehr gehabt hätten. In diesem Zusammenhang sei eine neue Reichweitenprognose für Indien veröffentlicht worden. Diese habe für Indien ergeben, dass nur noch 35 Jahre ausreichend Kohlevorräte vorhanden seien, und nicht wie weltweit angenommen für 200 Jahre. Ein ähnliches Bild gebe es für China: Für China habe man eine Reichweite von höchstens 70 Jahren errechnet. Bisher sei man weltweit von einer Reichweite von 200 Jahren ausgegangen. Dies bedeute, dass man bei der Kohle eine ganz neue Entwicklung habe. Diese Entwicklung sei nicht dadurch gekennzeichnet, dass zu wenig Kohlevorräte vorhanden seien, sondern dass es sich aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht rentiere, die Kohle weiter abzubauen. Er fragt, ob Herrn Hüttl neuere Studien zu diesem Themenkomplex bekannt seien, die dies berücksichtigten.

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl stimmt den Ausführungen von SV Prof. Dr. Jänicke zu. Die Betrachtungen gingen sowohl in die eine als auch in die andere Richtung. Die Reichweiten wurden berechnet aufgrund des aktuellen Wissens sowie unter Berücksichtigung des Aspektes der Wirtschaftlichkeit. Wenn sich die Wirtschaftlichkeitsberechnung für andere Energieformen verändere, so habe das auch Auswirkungen für die Wirtschaftlichkeitsberechnung bei der Kohle. Die Reichweite werde dann geringer, weil sich unter bestimmten Umständen es sich einfach nicht mehr lohne, Kohle oder Öl zu gewinnen. Genauso sei es auf der anderen Seite. Für die Kommission sei es seiner Ansicht nach wichtig, diesen Zusammenhang zu sehen, nämlich, dass es geologisch nicht definiert sei, sondern von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abhänge. Als Geologe könne er durchaus sagen, Kohle habe man jede Menge, aber die Frage, unter welchen Bedingungen sich die Förderung lohne, dies müsse man gesellschaftspolitisch diskutieren.

SV PD Dr. Norbert Reuter bittet Herrn Prof. Hüttl um eine Einschätzung darüber, ob man auf einem guten Weg sei. Herr Hüttl habe hierzu einige Instrumente genannt. Er fragt, ob die genannten Maßnahmen ausreichend seien oder ob man, um Engpässe bei der Ressourcenversorgung zu überbrücken, viel mehr Instrumente und politische Eingriffe benötige.

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl räumt ein, er könne diese Frage sicherlich nur fragmentarisch beantworten. Ein Kontext, wo er sicherlich dringenden Handlungsbedarf erkenne, sei der internationale Kontext. Er glaube nach wie vor, dass die Sicht viel zu fokussiert sei auf Deutschland und Europa. Der andere Aspekt sei, dass die deutschen Unternehmen im Zuge der Globali-

sierung natürlich sehr international operieren würden. Hierdurch werde für uns (Bundesrepublik Deutschland) wohl noch einmal eine etwas weitere Sicht notwendig. Er glaube, man habe enorme Fortschritte gemacht, gerade auch mit dem Begriff der Nachhaltigkeit. Insbesondere aber auch mit dem Begriff der Ressourceneffizienz habe man Fortschritte erzielt. Überhaupt sei dies (Ressourceneffizienz) für ihn das Hauptthema, nicht das Thema Energieeffizienz.

SV Prof. Dr. André Habisch führt aus, er habe am Vortrag von Prof. Hüttl insbesondere interessant gefunden, dass er zuletzt auch auf die kulturellen Aspekte eingegangen sei, wie beispielsweise die Akzeptanz von technologischem Fortschritt. Letztlich seien es ja auch die Verbraucher, die Unternehmenshandeln steuern, indem sie gewisse Angebote wahrnehmen oder nicht. In diesem Kontext richtet er die Frage an Herrn Prof. Hüttl als Nachhaltigkeitsexperten, ob es schon Forschungen gebe, was beispielsweise kritische Variablen solcher kulturellen Grundlagen seien, insbesondere mit Blick auf die Akzeptanz von Nachhaltigkeit und Innovationen. Wie wirke sich beispielsweise die demografische Entwicklung aus. Ob sich diese beispielsweise negativ auswirke, weil ältere Leute nicht bereit seien, sich in diesem Kontext umzustellen. Er fragt, ob es zu diesen Fragestellungen relevante Forschungen gebe, die diese Aspekte beleuchteten.

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl stimmt den Ausführungen bzw. dem Gedankenansatz von SV Prof. Dr. André Habisch dem Grunde nach zu. Er teilt die Einschätzung, dass in dem genannten Kontext die Geistes- und Sozialwissenschaften insgesamt zu kurz kämen. Dies sehe man insbesondere auch im Zusammenhang mit den Geowissenschaften. Je länger er sich mit diesem Thema auseinandersetze, desto stärker werde ihm bewusst, dass dieser Faktor, der gesellschaftlichen Akzeptanz, insgesamt zu kurz komme. Natürlich brauche man in Zukunft jede Menge Naturwissenschaftler und Ingenieure, aber man brauche gleichwohl den Dialog mit den genannten anderen Disziplinen.

Abg. Judith Skudelny (FDP) führt ein, ein großer Teil ihrer Fragen seien bereits vorweggenommen. Auch ihr gehe es um den Aspekt der gesellschaftlichen Akzeptanz. Nach ihrer Einschätzung müsse man vor allen Dingen unterscheiden zwischen der nationalen Ebene und der internationalen Ebene. Man müsse sich die Frage stellen, über welchen Rahmen man eigentlich spreche. Nach ihrer Einschätzung sei der Diskussionsstand und Fortschritt in Deutschland schon relativ weit vorangeschritten und zudem recht konsensual. Zwischen dieser eher nationalen Ebene und der Einstellung anderer Länder, insbesondere ärmerer Länder, lägen im Zweifel noch ‚Welten‘. Sie fragt, welchen Diskussionsstand man auf internationaler Ebene diesbezüglich verzeichnen könne. Die andere Frage beziehe sich auf den Aspekt der Ressourcen- bzw. Energieeffizienz. Dort sei immer das Problem, dass die eine Seite entlastet und die andere Seite belastet werde. Beispielsweise würden die deutschen Autos immer leichter und damit effizienter,

allerdings hinterlasse man zur Herstellung des Aluminiums in anderen Ländern Abbauschäden. Sie fragt, ob es Studien dazu gebe, die genau diese Wechselwirkungen fokussieren würden.

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl führt zur Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz aus, dass es natürlich wichtig sei, zunächst einmal zu wissen, was man im eigenen Lande erreichen wolle. Natürlich brauche man einen globalen Austausch, der ja auch mit unterschiedlichen Kräften, CLUB OF ROME, und vielen anderen, seit vielen Jahrzehnten angestrebt werde. Nicht zuletzt seien die UN und viele andere Gremien auf diesem Gebiet tätig. Eine Einsicht, die er zunehmend gewonnen habe und die auch die Bundeskanzlerin teile, sei Folgende: Derzeit lebten rund 7 Mrd. Menschen auf der Erde und davon in Deutschland gut 1 %. Das bedeute, knapp 99 % der Menschheit seien eben nicht Deutsche. Und es sei ein Irrtum zu glauben, dass dieses eine Prozent die Welt wirklich so stark beeinflusse. Er glaube, man müsse sich dieser Relationen bewusst werden. Es gebe ganz unterschiedliche Interessen und Wahrnehmungen. Aber er glaube, durch den Begriff ‚sustainable development‘, also ‚nachhaltige Entwicklung‘, habe man global einen Ansatz, um überhaupt die Diskussionen führen zu können.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt Herrn Prof. Hüttl, recht herzlich für seinen Vortrag und erteilt sodann Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker das Wort.

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker referiert sodann zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen zur Steigerung der Ressourceneffizienz“. Die wesentlichen Inhalte seines Vortrages sind in Kommissionsdrucksache 16(26)70 niedergelegt. Hierauf wird zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt sodann Herrn Professor von Weizsäcker für seinen spannenden Vortrag und eröffnet sodann die Runde der Nachfragen.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, die These, „man müsse die Effizienzsteigerung begleiten mit einer Preissteigerung von Rohstoffen“, sei ja erst in dem neuen Buch „Faktor 5“ enthalten. Und dies kennzeichne – so glaube er - den Wechsel in der öffentlichen Debatte, weil klar geworden sei, dass technologische Effizienzsteigerungen alleine nicht zu weniger Verbrauch führten, sondern zu mehr. Seine Frage laute: Beziehe sich das auch auf Ressourcen? Bei Energie sei schon sehr viel über Steuern geregelt worden, bei Ressourcen hingegen relativ wenig. Und seine zweite Frage laute: Wie verhalte sich das zu den sozialen Verteilungseffekten? Dies sei ja immer die Krux bei fiskalischen Instrumenten, dass man gewisse ökologische Ziele zwar erreiche, aber dass sie natürlich unerwünschte (soziale) Nebenwirkungen hätten. Er fragt, ob Herr von Weizsäcker über Lösungen nachgedacht habe, wie diese sozialen Nebenwirkungen kompensiert werden könnten.

Aufgrund der Vielzahl der Nachfragen verliert die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) zunächst die Rednerliste.

Abg. Judith Skudelny (FDP) fragt, wie Herr von Weizsäcker den Begriff der Nachhaltigkeit definiere, wenn Kuba – nach dessen Ausführungen - am Ende nachhaltig sei? In Deutschland habe man sich auf einen Nachhaltigkeitsdreiklang bestehend aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem verständigt. Diesbezüglich fielen ihr bei Kuba an der einen oder anderen Stelle Fragezeichen ein. Die zweite Frage sei Folgende: Herr von Weizsäcker habe gesagt, dass Ressourceneffizienz vom Markt nicht vorangetrieben worden sei. Welcher Markt genau sei in diesem Kontext gemeint? Meine er die globale Ebene oder die europäische bzw. nationale Ebene? National habe man doch komplett andere Rahmenbedingungen als global. Dann stellt sie eine weitere Frage zur Preisanhebung, parallel zur Effizienz. Sie habe es immer so verstanden, dass, wenn man die Rohstoffe verteuere, werde das fortschrittliche Unternehmen tatsächlich dadurch belohnt, dass es sich besser am Markt platzieren könne. Wenn man aber parallel dazu immer die Preise gleichmäßig erhöhe, dann führe das dazu, dass wenn niemand etwas tue, der Status quo erhalten bleibe, und das könne ja nicht Ziel einer Effizienzpolitik sein. Ihre dritte Frage laute wie folgt: Wenn Deutschland oder andere Länder sich einseitig wegen ihrer nationalen Gegebenheiten, insbesondere wegen ihrer Rohstoffe, Regelungen gäben, ob dies nicht zu einem gewissen Verdrängungseffekt in dem Sinne führe, dass die ‚Drecksarbeit‘ ins Ausland verlagert werde und wir dann nur noch importiert werde?

SV Michael Müller stellt zwei Fragen: Wenn es nicht um die relative Entkopplung gehe, sondern um die absolute Entkopplung, reiche da Effizienz aus bzw. welche Bedeutung hätten dann die beiden anderen Positionen, nämlich Konsistenz und Suffizienz. Und die zweite Frage: Wenn man die Annahme setze, dass man gegenwärtig gewissermaßen am Beginn eines 6. grünen Kondratieff stehe, welche Voraussetzungen müssten dann in Deutschland oder in Europa geschaffen werden, um dort erfolgreich zu sein?

Prof. Dr. André Habisch kommt auf den Vergleich mit der industriellen Revolution zurück. Hier habe es eine Dynamik gegeben, die sich im Grunde über Jahrzehnte hin gestreckt habe, und letztlich zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen beigetragen habe. Mit der industriellen Revolution sei ja das Prokopfeinkommen explodiert. Also Dinge, die eigentlich über Jahrhunderte, Jahrtausende relativ stabil gewesen seien. Nicht, dass das Prokopfeinkommen jetzt plötzlich explodiert sei und damit ungeahnte neue Lebensmöglichkeiten verbunden gewesen seien. Aber er sehe, dass diese Übertragung auf die Energie doch einen ganz erheblichen Unterschied mit bringe, denn die industrielle Revolution sei ja getrieben von dem verständlichen Wunsch, gerade auch der verarmten Industriearbeiterschaft. Das sei eine ganz starke Präferenz gewesen, die diese Entwicklung auch angetrieben habe.

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker bedankt sich für die interessanten Fragen. In der Tat sei der Rebound-Effekt und die Parallelität von Preisen und Effizienz noch nicht in seinem Buch „Faktor 4“ angesprochen worden, das habe wohl an seinem freundlichen Koautor gelegen. Amory Lovins habe einen Kreuzzug gegen die Existenz des Rebound-Effekts geführt. Er habe das nie verstanden, Amory Lovins sei ansonsten ein sehr gescheiter Mann, aber dieser habe wissenschaftliche Arbeiten publiziert, in denen behauptet werde, der Rebound-Effekt existiere nicht. Und dann habe er als Amerikaner natürlich auch keinerlei Neigung gehabt sich für höhere Energiepreise zu exponieren. Das sei in Amerika ein ‚No-Go‘. Inzwischen wisse man, dass der Rebound-Effekt existiere, und dass die Preise eine riesen Rolle spielten. Zur sozialen Seite habe er ja zwei bis drei Komponenten angeboten. Erstens, wenn man es parallel zur Effizienzsteigerung mache, dann heiße das definitionsgemäß, pro Monat gebe man im nächsten Jahr nicht mehr für Energie aus als in diesem Jahr. Dies sei doch schon mal ganz gut. Zweitens, wenn man dann noch einen Sozialrabatt einführe, habe man tendenziell eine Umverteilung von reich nach arm - und das sei doch ein Teil der Antwort.

Zu Abg. Skudelny: Das mit Kuba habe eine ganz einfache Erklärung. Der Human Development Index sei ein Dreikomponentenindex, bestehend aus Gesundheit, Bildung und Wirtschaft. Und die Kubaner hätten es aus irgendwelchen Gründen geschafft, bei magerer Wirtschaft ein halbwegs vernünftiges Gesundheits- und Bildungssystem aufrechtzuerhalten. Dies sei die logische Erklärung. Abg. Skudelny habe völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass schon heute der Markt manchmal die Effizienz treibe. Das sei insbesondere in den 1970er Jahren so gewesen, als die Preise plötzlich explodiert seien. Dann aber nach 1982 habe die Begeisterung für Effizienz sehr deutlich nachgelassen. Das sei empirisch so. Sie habe zudem mit Recht danach gefragt, welchen Markt er meine. Geografisch gesehen würde er sagen, dass das Bild von den seit über 200 Jahren absackenden Preisen auf den Weltmarkt passen würde. Aber das gelte dann auch lokal. Denn sehr häufig transportiere sich das in die lokale Szene hinein. Dann habe Abg. Skudelny völlig zu Recht darauf hingewiesen, es könne für die Effizienzpioniere sehr frustrierend sein, wenn dann der Staat gleich mit neuen Preissteigerungen nachlege. Aber der Markt funktioniere ja ein bisschen anders. Wenn der Effiziente weniger Energie verbrauche als der Ineffiziente, dann schädige die Preissteigerung den Ineffizienten ja viel mehr als den Effizienten. Im Gleichgewicht betrachtet habe der Effiziente dennoch den Vorteil, auch wenn es ihn vielleicht psychologisch frustriere.

Er kommt sodann auf die nächste Frage zu sprechen, die dem Grunde nach von Herrn Habisch gestellt wurde: Wie weit trage diese Analogie zu der industriellen Revolution bei? Das sei eine sehr gute Frage. In einer Zeit, in welcher nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation in etwa eine Milliarde Arbeitsplätze fehlten, und sich zugleich alle Welt mit Recht über Ressourcenknappheit aufrege, sollte - komparativ gesehen - die Erhöhung der Ressourcenproduktivität mehr Wohlstand schaffen. Er meine, Arbeitsplätze

wegrationalisieren könne für den Betrieb profitabel sein, wirke sich aber für die Volkswirtschaft schlecht aus. Da funktioniere die unsichtbare Hand nicht so gut, weil die Rahmenbedingungen nicht richtig seien. Da müsse man die Rahmenbedingungen korrigieren, damit wieder derjenige gewinne, der am meisten Wohlstand fürs Ganze schaffe. Wenn Deutschland tatsächlich als geografischer und wirtschaftlicher Raum reicher werde, wenn es eine Schwerpunktverlagerung von noch mehr Arbeitsproduktivität auf Ressourcenproduktivität gebe, dann erkenne er Vorteile, die dann allen zu Gute kommen würden, insbesondere den Pionieren. Dann habe Herr Habisch gefragt, wie es um die Vorprodukte stehe. Das sei ebenfalls eine sehr wichtige Frage. Deutschland importiere mehr und mehr auch Fertigprodukte. Das sei übrigens sehr gut für die Entwicklungsländer. Dies müsse man nicht unterbinden, sondern sei eine sehr gesunde Entwicklung. Gleichwohl müsse man aus ökologischen Gründen versuchen, eine weltweite Harmonisierung zu erreichen. Nur, wenn er Widerstände gegen ökologische Politik in Deutschland höre, kämen die immer aus ökonomischer Sicht. Diese ökonomische Sicht argumentiere, dieses oder jenes könne man sich nicht leisten, wenn nicht die Koreaner und die Guatemalteken bzw. alle gleichzeitig mitmachen - was natürlich eine blanke Illusion sei. Und damit werde die Diskussion abgeblockt. Er würde diesbezüglich entgegnen, man brauche keine Angst haben. Die Pioniere könnten durchaus Gewinner sein. Das funktioniere zwar nicht automatisch, sondern nur dann, wenn man die Strukturveränderung so sanft gestalte, dass keine Kapitalvernichtung eintrete. Dies sei viel weniger brutal, als das, was die Japaner in den 1970er Jahren gemacht hätten.

Er stimmt sodann SV Müller darin zu, dass man die absolute Entkopplung anstrebe, Effizienz allein reiche hinten und vorne nicht. Sie sei aber eine Voraussetzung dafür, dass überhaupt etwas Vernünftiges geschehe. Über die Konsistenz wolle er jetzt nicht reden. Schwerpunkt sei ja die Suffizienz. Prof. Miegel habe ein ganzes Buch darüber geschrieben, welches er großartig finde. Er zitiert sodann aus seinem Buch „Faktor 5“, wo er u. a. geschrieben habe: „Manche Suffizienzleistungen sind übrigens gesund“. Er und sein Koautor hätten die Japaner und die Franzosen auf der einen Seite und die US-Amerikaner auf der anderen Seite in Bezug auf die Kalorienaufnahme verglichen. Die Franzosen und die Japaner nähmen viel weniger Kalorien auf, hätten aber mehr Vergnügen am Essen und seien viel gesünder. Fettsucht sei ein typisch amerikanisches Phänomen. Das bedeute also, Kalorien einzusparen könne äußerst vergnüglich sein. Seiner Ansicht nach sei Suffizienz dringend nötig, aber keineswegs schmerzhaft.

Er geht sodann auf die Frage von Herrn Habisch nach den Bedingungen für den grünen Kondratieff ein: Die Ökonomen redeten immer von Internalisierung der externen Kosten. Das sei auch sehr schön, aber die strickte Internalisierungsdiskussion habe seiner Ansicht nach zu nichts geführt. Dies sei immer schon ein sehr frustrierendes Thema gewesen. Er glaube, dass seine Vorschläge zwar Beiträge zur Internalisierung liefern würden, aber

gleichzeitig wirtschafts- und sozialverträglich seien. Herr Habisch habe vollkommen Recht mit seiner Aussage, dass die Kilowattstunden nicht auf die Straße gingen und für höhere Preise kämpften. Nur Menschen würden sich so verhalten, weil sie davon profitieren würden. Die Maxime laute daher, man müsse die Menschen, die auf die Straße oder an die Wahlurne gehen können, davon überzeugen, dass es ihnen besser gehe, wenn die Arbeitslosigkeit abnehme und die Ressourceneffizienz zunehme. Dies sei nach seiner Einschätzung für rund 55 % der Bevölkerung einsehbar. Wenn man sich anschauere, wie viele Gewinner es in Bezug auf die von ihm gemachten Vorschläge gebe, so seien dies an die 80 %. Das halte er zumindest für politisch machbar. Aber das sei nicht allein durch Straßendemonstrationen und tausend Einzelne zu schaffen, sondern letztendlich durch den Staat. Deswegen habe er übrigens ein ganzes Kapitel seines Buches dem Thema „Wiederstärkung des Staates“ gewidmet. Der Markt allein, der Einzelne oder die sog. ‚best practice‘ könnten das nicht leisten. Es müsse eine für alle verbindliche Regel gelten, nach Möglichkeit international. Aber wo das noch nicht international erreichbar sei, müsse man dafür sorgen, dass die Pioniere als Gewinner herausgingen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) dankt Herrn von Weizsäcker für dessen Vortrag, zumal gerade der letzte Aspekt sehr gut zu ihrer Frage passe: Warum gelinge es nicht, dieses Ziel, die Ressourcenproduktivität, zu verfünffachen? Warum gelinge es nicht, dieses Ziel wirklich konsequenter und zügiger umzusetzen? Prof. von Weizsäcker habe anhand von sehr guten Beispielen unterstrichen, wie man z. B. unter Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente zu einem ‚Mehr‘ an Ressourceneffizienz gelangen könne. Warum gelinge es trotzdem nicht, diese marktwirtschaftlichen Instrumente mit mehr Gewicht zu versehen? Weltweit stehe immer noch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Vordergrund und nicht die Erhöhung der Ressourceneffizienz. Sie würde interessieren, ob Herr von Weizsäcker Barrieren identifizieren könne. Es sei wichtig, diese Barrieren zu identifizieren. Spannend sei in diesem Zusammenhang auch insbesondere die Frage der internationalen Rahmenbedingungen. Sie bittet Herrn von Weizsäcker sodann darum, ob er anhand von konkreten Beispielen darlegen könne, wo nach seiner Auffassung z. B. im Bereich Altbausanierung Fortschritte zu erzielen seien. Sie fragt, wo Herr von Weizsäcker Barrieren sehe und wo er Handlungsmöglichkeiten erkenne, und zwar sowohl für die staatliche Seite als auch für die privatwirtschaftliche Seite.

Sie richtet schließlich ihre letzte Frage an Herrn Prof. Hüttl: Herr von Weizsäcker habe darauf hingewiesen, dass die Recyclingrate z. B. von seltenen Metallen bei unter 1 % liege. Wie könne man vor dem Hintergrund dieser geringen Recyclingrate erreichen, Ingenieurinnen und Ingenieure so auszubilden, dass sie diese unterschiedlichen Zielsetzungen versuchen möglichst optimal zu verfolgen. Sie könne sich noch gut an die VDI-Richtlinien aus Mitte der 1990er Jahre erinnern. Trotzdem müsse man gerade

in der Materialentwicklung, aber auch im Produktdesign völlig zuwider Entwicklungen beobachten.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué spricht drei Punkte an. Punkt 1 betreffe die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den letzten 200 Jahren. Die Entwicklung der Löhne sei aus seiner Sicht nicht zu vergleichen mit der Situation, wie Herr von Weizsäcker sie avisiere. In der Zeit der industriellen Revolution hätten der technische Fortschritt und die Kapitalintensivierung der Produktion zu der Möglichkeit geführt, dass die Löhne gestiegen seien. Bei dem Vorschlag von Herrn von Weizsäcker verhalte es sich genau umgekehrt. Da werde der Preis staatlich gesetzt und als Peitsche die Steuer verwendet, um die entsprechende Produktivität zu erhöhen, jetzt der die Ressourcen. Hätte man das damals analog gemacht, wäre dramatisch die Beschäftigung gefallen, und man hätte nicht diese wunderbare Expansion beobachtet. Er halte es tatsächlich für eine schiefe Analogie, was nicht bedeute, dass es nicht völlig unmöglich sei, aber er glaube, dass man aus der Geschichte nicht einfach eine solche Parallele ziehen könne.

Zweiter Punkt: Wenn Herr von Weizsäcker von „Faktor 5“ rede, dann stelle man sich sofort die Frage, warum ‚5‘, warum nicht ‚4‘, warum nicht ‚8‘, warum nicht ‚10‘? Und dahinter stehe natürlich die Grundfrage. Wenn man keinerlei soziale Kosten in irgendeiner Form gegenrechne, dann komme man natürlich zu einem völlig offenen Ergebnis. Er als Ökonom müsse natürlich die Frage stellen, welche sozialen Kosten entstehen können. Herr von Weizsäcker habe das wunderbare Beispiel Atlanta gebracht. In Atlanta wohnten mehr Menschen auf einer Fläche, also in einer flächenmäßig größeren Stadt mit einem entsprechend größerem Energieverbrauch. Herr von Weizsäcker habe vorgeschlagen, die Menschen in Atlanta könnten ja wie in Barcelona wohnen. In der Tat sei es wohl das Energieeffizienteste, neue Hochhäuser zu bauen, alle Leute dort rein zu ‚pferchen‘, und dann habe man wunderbare Energiebilanzen. Offenbar habe das aber einen Preis, denn die Menschen wollten beispielsweise einen Garten oder ein Familienhaus haben. Diese Präferenz sei übrigens in vielen Ländern sehr unterschiedlich. Man müsse also diese Kosten irgendwie gegenrechnen. Hinzu komme natürlich die Frage der demokratischen Legitimation. Wenn man das in einer Demokratie durchsetze sei es auch völlig legitim, wenn die Menschen ihre Präferenz zum Ausdruck brächten und gegenüber diesem ‚neuen Staat‘, der diese Kosten massiv erhöht, vielleicht doch ein bisschen ‚aufmucken‘. Er fragt, wie man diese Vorstellungen demokratisch bewältigen wolle? Der letzte Punkt betrifft das Steuermodell von Herrn von Weizsäcker. Herr von Weizsäcker plädiere dem Grunde nach für eine globale Steuer. Er habe im Grundsatz umweltpolitisch oder ressourcenökonomisch durchaus Sympathien dafür. Aber Herr von Weizsäcker habe selbst eingeräumt: „Man muss da ein paar soziale Ausnahmen machen“. Herr Paqué erläutert sodann, welche sozialen Ausnahmen bei einer weltweiten Steuer zu machen wären. Beispielsweise müsste man einen Großteil Chinas außen vor lassen, weil China dramatisch niedrigere Einkommen habe als Deutschland. Gleiches gelte für

einen Großteil Indiens. Der Widerstand, den man im Moment auf Weltebene beobachte, sei genau der Widerstand der sozial Schwachen im globalen Maßstab. Er kritisiert Herrn von Weizsäcker insofern, als dass er das Problem wegdefiniere und dann natürlich zu sehr schwungvollen Ergebnissen gelange. Dahinter stehe aber ein enormer Veränderungsprozess tiefer soziologischer Art, der auch mit der Demokratie in Konflikt geraten könne.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke stimmt Herrn von Weizsäcker darin zu, dass der Markt allein nicht alles regle. Dann stelle sich natürlich die Frage, welches Instrumentarium man anwende. Herr von Weizsäcker habe die Besteuerung vorgeschlagen, was zunächst sehr plausibel sei. Aber aus politikwissenschaftlicher Sicht habe die Besteuerung gleichwohl die geringste ‚feasibility‘ (Machbarkeit), im Vergleich zu anderen Instrumenten. Deswegen laute seine Frage, wie es mit anderen Instrumenten aussehe? Es gebe durchaus Beispiele für Besteuerung, z. B. besteuere Dänemark Sand oder Baustoffe. Trotzdem habe sich das alles nicht durchgesetzt. Er fragt nach Beispielen für andere Instrumente neben der Besteuerung.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel kommt zurück auf die Frage der Arbeitsproduktivität und der Ressourcenproduktivität. Herr von Weizsäcker habe unter Ziffer 7 seines Vortrags eine historische Zwischenbemerkung gemacht. Wenn man sich die Historie anschauere, zeige sich, dass die Arbeitsproduktivität ungeheuer gestiegen sei. Demgegenüber seien Ressourcen (unendlich) eingesetzt worden, und zwar für praktisch nichts, weil sie quasi kostenlos gewesen seien. Es gebe Rechnungen, die belegten, dass etwa 50 % der sog. Arbeitsproduktivitätssteigerungen nichts anderes seien, als der Einsatz von Energie, insofern unterscheide er sich von SV Paqué. Wenn man zu dem Schluss komme, die steigende Arbeitsproduktivität habe dazu geführt das Einkommen zu verzwanzigfachen, dann bedeute das ja, wenn man Abschied nehme von der Steigerung der Arbeitsproduktivität - so wie Herr Paqué ausgeführt habe - und stattdessen die Ressourcenproduktivität erhöhe, dann bekomme man eine gigantische Umlenkung der Bruttowertschöpfung. Er fragt, wie das gehen solle. Wie vertrage sich das sozial, wenn man künftig sage, die Einkommen würden sich nicht mehr entwickeln, weil man die Ressourcenproduktivität ähnlich steigern wolle, wie unter Ziffer 7 des Vortrages dargestellt. Dieser Umlenkungsprozess scheine ihm von ganz zentraler Bedeutung zu sein.

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl geht sodann auf die Frage von Abg. Bulmahn zu den seltenen Metallen und Recyclingraten ein. Bei diesen Massenprodukten seien schon erhebliche Fortschritte erzielt worden. Herr von Weizsäcker habe auch bestätigt, die seltenen Erden würden natürlich nur in sehr geringen Mengen genutzt, seien aber von zentraler Bedeutung für eine ganze Reihe von Prozessen. Man müsse von Anfang an vom Ende her denken. Man könne den Kreislauf schließen, und dass betreffe auch das Design, die Materialforschung, Materialwissenschaft, und dies müsse selbstverständlich auch in die Ausbildung so eingehen. In diesem Punkt stimme er Frau Buhlmann aus-

drücklich zu. Es müsse aber ins Bewusstsein gerückt werden, dass diese Metalle wertvoll sind.

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker schließt bei diesem Themenkomplex an. Eine technologische Herausforderung bestehe darin, aus der Schlacke der Müllverbrennungsanlagen diese (wertvollen) Metalle zurückzugewinnen. Es gebe dafür schon einige Beispiele, z. B. in der Schweiz. Es sehe so aus, als könne man damit wirklich viel raus gewinnen, was aber wiederum mit Energieeinsatz verbunden sei.

Auf die Frage von Abg. Edelgard Bulmahn, warum es nicht gelinge, diese Verfünffachung zu erreichen, führt er aus: Wenn man mit Leuten über Preiselastizität rede, dann höre man immer, die Preiselastizität sei schrecklich gering. Wenn beispielsweise das Benzin teurer werde, so stelle sich die Frage, was dann die armen Autofahrer machen sollten. Sie hätten das Auto und die Entfernung, all das sei vorgegeben. Mithin sei keine Elastizität mehr vorhanden. Dieser Einwand sei kurzfristig zutreffend, aber langfristig falsch. Er kenne eine Grafik der OECD, in der Länder verglichen wurden, die über jeweils 40 Jahre konsistent entweder niedrige, mittlere oder hohe Benzpreise gehabt hätten. In dieser Abbildung seien der durchschnittliche Spritpreis sowie der Spritverbrauch pro Kopf und Jahr aufgetragen. Es sei eine ganz klare, abwärts gerichtete Gerade erkennbar, was einer fast 100-prozentigen Preiselastizität entspreche. Dies aber gelinge überhaupt nur, wenn man langfristige Preissignale habe. Und dies sei letztlich eine Aufforderung an die Politik. Mit kurzfristigen brutalen Preissignalen könne man nur Wähler verlieren. Man könne ökologisch nicht viel bewirken und mache sich furchtbar unbeliebt. Wenn man dagegen einen parteiübergreifenden Konsens erziele, habe man eine Chance. Denn dann gingen Anpassung und Preissteigerung miteinander Hand in Hand. Dies sei die eigentliche politische Aufgabe, was man dann noch international koordinieren müsse. Der Europäische Umweltkommissar Potočnik stehe glücklicherweise voll auf dieser Seite. Gerichtet an Herrn SV Paqué führt er aus, er wäre froh, wenn sich die ‚schnöde Ökonomie‘ ernsthaft der Frage widmen würde, wie man den Nutzen der Kapitalproduktivitätserhöhung in das Modell „Weizsäcker“ einbauen könne. Denn wenn ein knapper Faktor effizienter und ein überhaupt nicht knapper Faktor weniger stark in der Effizienz gesteigert werde, dann sei das gut fürs Ganze und auch fürs Kapital bzw. für dessen Produktivität. Er sei sich sicher, wenn sich gute Ökonomen wie Herr Paqué mit dieser Frage beschäftigten, kämen sie zu einer kreativen Lösung. Herr Paqué habe auch Recht mit der Forderung nach Gegenrechnung der sozialen Kosten. Er führt weiter aus, dass, wenn die von ihm vorgeschlagene Allianz in Richtung Energieeffizienz zwischen Asien und Europa unter Einschluss der Chinesen stattfinde, dass dann die Wall Street nervös werde und den Amerikanern sage, sie müssten jetzt aufhören mit ihrem Atlanta-Modell. Das funktioniere nicht mehr. Wenn man sich die Preissteigerungen der Energie in China anschau, so verlaufe diese viel steiler als in Deutschland. Und dennoch florierten die Chinesen ohne Ende. Ob sie

damit die sozialen Ungleichheiten hinreichend überwinden, sei eine andere Frage. Herr Paqué habe zudem gefragt, warum er sein Buch „Faktor 5“ und nicht ‚8‘ genannt habe. Die Antwort hierauf stehe im Vorwort. Das Buch habe ja ursprünglich „Faktor 4“ geheißen und sei natürlich auch ins Chinesische übersetzt worden. Die Chinesen hätten gesagt, ‚vier‘, das sei ein ‚dreckiges‘ Wort. ‚Vier‘ klinge chinesisch ausgesprochen wie ‚Tod‘. Man könne doch ein optimistisches Buch nicht ‚Tod‘ nennen. Man habe vorgeschlagen, das Buch „Faktor 8“ zu nennen, denn ‚8‘ sei eine Glückszahl. Daraufhin habe er erwidert, dass er sich das technologisch nicht zutraue. Er und sein Koautor hätten sich letztlich auf „Faktor 5“ geeinigt und es sei jetzt auf Chinesisch erschienen. Jetzt sagten ihm die Chinesen, dort stehe doch nur die Grundphilosophie des zwölften Fünf-Jahres-Planes drin, das sei doch gar nichts Neues. Er meine nicht, dass man global ca. 4 Mrd. Menschen sozusagen in die soziale Ausnahme schieben könne. Dies müsse man lokal machen, wie die Südafrikaner das machten, und zwar mit sehr viel Erfolg.

Auf die Frage von SV Jänicke führt er aus, dass es natürlich andere Steuerungsmöglichkeiten gebe, die politisch zunächst einmal populärer seien. Beispielsweise hätten es die CAFE Standards in den USA geschafft, den amerikanischen Mittelklassewagen etwa doppelt so effizient zu machen wie vorher. Die Botschaft an die Amerikaner habe gelautet, dass sie damit für einen Dollar doppelt so weit fahren könnten wie vorher. Und exakt das hätten die Amerikaner daraufhin auch getan. Die Pendlerentfernungen hätten sich praktisch verdoppelt. Das sei der Idealfall des Rebound-Effekts und deswegen aus ökologischer Sicht keine ernsthafte Option. Natürlich könne man auch Lizenzenhandel betreiben. Sobald der anfangs wirksam zu werden, merke man, dass er viel ‚hässlicher‘ sei als die Steuer - viel weniger vorhersagbar, viel bestechungsanfälliger. Beispielsweise hätten sich viele Leute mit diesem ‚European Trading System‘ in China und in Afrika bereichert, die mit Klimaschutz nichts am Hut gehabt hätten. Aber er wolle nicht zu sehr daran Kritik üben, denn unterm Strich sei das immer noch besser als eine vorher-sehbare Steuer.

Er kommt sodann nochmals auf die Frage von Abg. Edelgard Bulmahn zur Altbausanierung zu sprechen. Wenn man heute mit einem mittleren deutschen Einkommen zur Sparkasse gehe und einen Kredit beantragen wolle, um einen Altbau in Richtung Passivhaus zu sanieren, dann müsse zunächst die Einkommenssituation nachgewiesen werden. Dann schaue sich die Bank die Amortisationszeiten an, und nach 1 ½ Stunden falle die Kreditentscheidung negativ aus. Stelle man sich dagegen einmal vor, der Deutsche Bundestag beschließe den langsamen Anstieg der Energiepreise, dann sage der gleiche Sparkassenangestellte: „Ja selbstverständlich bekommen Sie den Kredit, das ist ja hoch rentabel“.

Er bedankt sich dann bei Herrn Miegel für dessen gute Fragen. Herr Miegel habe völlig Recht: Historisch betrachtet sei die Arbeitsproduktivität auch in erheblichem Umfang durch Ressourcenraubbau möglich geworden. Das sei

empirisch belegt. Das gesamte 19. Jahrhundert sei von einer Raubbau-mentalität geprägt gewesen - nicht nur bei den Kolonialisten, sondern überall, auch in Deutschland. Man könne zwar den Raubbau dramatisch reduzieren, die Arbeitsproduktivität gleichzeitig noch weiter steigern - aber nicht mehr so schnell - und die Ressourcenproduktivität in die Höhe jagen. Das alles sei technisch machbar. Es lohne sich nur bisher nicht. Und Herr Miegel habe Recht mit der Aussage, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität tendenziell angenehmer und populärer sei, als die Steigerung der Ressourcenproduktivität. Das sage er einschränkend für diejenigen, die einen Arbeitsplatz hätten. Für die Milliarden Arbeitslosen treffe das so nicht zu.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) kündigt sodann mit Blick auf die Zeit das Referat des dritten geladenen Sachverständigen, Herrn Hütz-Adams, an.

Friedel Hütz-Adams bedankt sich für die Einladung und referiert sodann zu dem Thema: „Möglichkeiten und Grenzen der Ressourceneffizienz“. Die wesentlichen Inhalte seines Vortrages sind in der Kommissionsdrucksache 17(26)71 niedergelegt. Hierauf wird zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt Herrn Friedel Hütz-Adams für seinen instruktiven Vortrag. Sie habe es als wichtige Ergänzung empfunden, dass er diesen Akzent hier gesetzt habe. Auch die gezeigten Bilder habe sie als beeindruckend empfunden. Sie verliest sodann die Liste der Wortmeldungen.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand dankt ebenfalls für den Vortrag und kritisiert eingangs, dass im Rahmen dieser Enquete bislang zu wenig zivilgesellschaftliche Perspektiven diskutiert worden seien. Er richtet sodann einige Fragen an alle drei Sachverständigen:

Herr Prof. von Weizsäcker habe diese Idee des grünen oder technologiegeführten Kondratieff geäußert, Herr Prof. Hüttl habe mehr die technologieorientierte Entwicklung betont. Aus seiner Sicht finde in dem, von Weizsäcker-Modell' die nichtmarktvermittelte Ressourcennutzung zu wenig Berücksichtigung. Er fragt weiter, was eigentlich die Treiber für die Technologieentwicklung gewesen seien, und ob man nicht einen viel zu neutralen Begriff von Technologie verwende.

Er wirft sodann die Frage auf, was vorsorgendes Wirtschaften sei. Das habe doch sehr viel mit Ressourceneffizienz zu tun. Zudem müsse man darüber nachdenken, wie man zu anderen Wohlstandsmodellen über einen Weltmarkt komme, der eher privatkapitalistisch getrieben und kaum reguliert sei. Allen Global Governance-Ansätzen zum Trotz müsste man viel stärker darüber nachdenken, was denn wirklich scharfe, geeignete politische Regulierungsmechanismen seien, um die dargestellten Probleme auch zu bearbeiten.

Abg. Judith Skudelny (FDP) dankt für die sehr plastisch dargestellten Problemfelder. Allerdings vermisse sie Lösungsansätze. Sie empfinde insbesondere das Problem der Verschiebung und der wechselseitigen Bedingungen als ziemlich schwierig. Sie richtet sodann zwei Fragen an Herrn von Weizsäcker: Zum einen zu dem Themenkreis ‚Rebound und Bevölkerungswachstum‘, ‚Rebound auf globaler Ebene‘ und ‚Bevölkerungswachstum‘ und zum anderen ‚Anhebung der Sozialstandards‘. Im Zusammenhang von Rebound gehe es oftmals um iPhone, aber dieser Reboundeffekt könne natürlich auch in Bezug auf Medikamente konstatiert werden. Sie fragt nach einer diesbezüglichen Bewertung. Herr von Weizsäcker habe Gewinner und Verlierer der Effizienzmaßnahmen dargestellt, insbesondere die Transport- und Grundstoffindustrie seien bei den Verlierern gewesen. Es gebe aber auch andere Studien, die sagten, Investitionen in die Grundstoffindustrie können bei dem Endprodukt zu positiven Effekten führen. Dann aber auf der Gegenseite zu sagen, die Transportunternehmen würden dann die Verlierer sein, fände sie etwas fragwürdig. Denn das bedeute, je mehr man an unterschiedlichen Produktionsstandorten habe, desto mehr nehme der Warenverkehr zu.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) appelliert kurz an die Diskutanten, ihre Fragen mit Blick auf die Zeit kurz und prägnant zu stellen.

SV PD Dr. Norbert Reuter fragt, an Herrn Weizsäcker gerichtet, wie es mit dem weiteren Wachstum aussehe und wie er die Entwicklung einschätze, wenn man die Effizienzstrategien durchsetze. Nach dem Vortrag von Herrn Hütz-Adams sei ihm nochmals deutlich geworden, dass man noch mehr brauche. Man brauche nicht nur Effizienzsteigerung, sondern man müsse die grundsätzliche Entwicklungsrichtung in Frage stellen. Zugespielt sehe die Lage doch wie folgt aus: „Wir [die industrialisierte Welt], plündern im Prinzip die Welt, die südliche Welt im Wesentlichen, und die Menschen aus, um Dinge zu produzieren, die möglicherweise kein Mensch braucht - also wenn ich an unsere Konsum- und Warenwelt denke“. Er fragt, ob man sich vor diesem Hintergrund nicht viel mehr über regulatorische Dinge Gedanken machen müsse und wie man Suffizienzstrategien noch viel stärker in das Bewusstsein der Menschen bekommen könne. Reine Effizienzsteigerungen würden nach seiner Einschätzung nicht dazu führen, dass die von Herrn Hütz-Adams geschilderten Effekte damit zu Ende wären, sondern es wäre allenfalls dann eine Abmilderung, aber keine Umkehr der Entwicklung.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen spricht insbesondere das Problem des sog. ‚Carbon Leakage‘ an und der damit zusammenhängenden Probleme. Herr von Weizsäcker habe angeregt, durch lokale bzw. nationale Steuern das Problem in den Griff zu bekommen, indem der Verbrauch besteuert werde. Hieraus ergebe sich natürlich das Problem, dass man, wenn man in einigen Staaten die Preise anhebe und tatsächlich den Effekt habe, dass der Verbrauch zurückgehe, dass die Gesamtnachfrage zunächst einmal sinke. Damit würde der Angebotspreis vor Steuern auch international sinken. Dies würde

bedeuten, dass in den Ländern, in denen es keine Steuern gebe, der perverse Effekt auftrete, dass dort die Rohstoffpreise, beispielsweise für Rohöl oder Kohle, zunächst einmal sanken. Das führe zum einen natürlich zu dem Anreiz, Produktion in diese Länder zu verlagern, dies sei ganz klar. Zum anderen führe es aber auch in den Ländern selbst, sofern sie nicht selber Steuern erheben würden, dazu, deutlich mehr zu verbrauchen. Insofern stelle sich die Frage, ob so eine lokale Steuer überhaupt sinnvoll oder ob nicht doch ein globales Zertifikatesystem deutlich effizienter sei. Denn auch Steuern ließen sich ja nur bei gut (funktionierenden) Institutionen eintreiben. Insofern finde er das Argument etwas fragwürdig, dass Steuern besser funktionierten als Zertifikate. Diese Frage möchte er zudem an Herrn Hütz-Adams richten, wie seine Position zum ‚Carbon-Leakage-Effekt und zu der Vorstellung lokaler Besteuerung aussehe.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) spricht die Transparenzrichtlinie an. Sie fragt, an Herrn Hütz-Adams gerichtet, welche Rolle die EU-Handelspolitik spielen könne.

Eine weitere Frage richtet sie an Herrn von Weizsäcker. Dieser habe von einer europäisch-ostasiatischen Allianz gesprochen. Sie fragt, wie er diesbezüglich die Chancen einschätze? Wo sehe er Ansatzpunkte für eine solche Allianz und wie könnte diese aussehen? Und schlussendlich die Frage, welche Rolle die sozialen und ökologischen Standards auf internationaler Ebene spielten.

Nach Einschätzung von SV Dietmar Hexel sei der Rebound-Effekt ein Thema, das insgesamt unterbelichtet sei. Er fragt, ob Herr von Weizsäcker den Pessimismus teile, dass vielleicht der Rebound-Effekt doch größer sei, als das, was man gewinnen könne.

Seine zweite Frage richtet er an Herrn Hütz-Adams: Transparenz sei ja schön und gut, zumindest bei den Rohstoffketten, aber, was dann? Laute die Maxime dann, dass man auf die Espressomaschine verzichten oder sie verbieten müsse, weil man heute schon wisse, dass vom Kaffeeverkauf beim Bauern nichts ankomme und sie außerdem ein Energiefresser hoch fünf sei? Er äußert schlussendlich die Überzeugung, man müsse stärker prüfen, ob man nicht mehr soziale Innovationen brauche. Denn die berühmte Arbeitsproduktivität falle ja sozusagen nicht ‚vom Himmel‘, sondern die Verbesserung des Lebensstandards sei Ergebnis einer sozialen Revolution in den industriellen Ländern vor etwa 100 Jahren gewesen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) bittet diejenigen Mitglieder, die noch auf der Rednerliste stehen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Dr. Ott habe das Angebot unterbreitet, den auf der Tagesordnung stehenden Teilaspekt zu der Debatte in der Projektgruppe 3 auf eine der kommenden Sitzungen zu verschieben, so dass man Zeit für weitere Fragen gewinne.

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl äußert die Überzeugung, dass die Technik selbstverständlich Beiträge zur Bewältigung der identifizierten Probleme

leisten könne. Gleichmaßen wichtig sei es aber, die sozialwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Aspekte mit in den Fokus zu nehmen. Zu der zweiten, an ihn gerichteten Frage führt er aus, 'Industrie 4.0', das bedeute, wie sehe die Fabrikation, die Produktion von morgen aus. Natürlich spiele die Vernetzung über entsprechende Technologien eine immer stärkere Rolle, ob man das wolle oder nicht. Ob damit Arbeitsplätze verschwänden, wisse er nicht. Das wäre nochmal eine andere Betrachtung. Beispielsweise nennt er das Thema: ‚regenerative Energien‘. Diese seien ohne eine sinnvolle Vernetzung über virtuelle Kraftwerke gar nicht denkbar. Ob die Kognitionsfähigkeit des Menschen dadurch geschmälert oder bestärkt werde, könne er auch nicht endgültig sagen. Aber diese Vernetzung finde statt und sie bewirke, dass eine ganze Reihe von Zielen, die man sich im Nachhaltigkeitskontext gestellt habe, gar nicht anders möglich sei.

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker verleiht seiner Freude über die geäußerte Kritik an der Technikverherrlichung Ausdruck. Er sei trotzdem der Meinung, dass es ohne die Technik nicht gehe. Er finde es auch wichtig, dass man an die Allmende und die nicht preisvermittelten Güter denke. Er behaupte aber, dass eine bessere Effizienz, nicht etwa des Kupferabbaus, sondern der Kupfernutzung, die Allmende schütze. Das allein sei aber nicht genug. Man müsse sie auch rechtlich schützen.

Zur Frage von Abg. Skudelny führt er aus, es gebe glücklicherweise Synergien zwischen Wohlstandsentwicklung und Dämpfung der Bevölkerungsentwicklung. Beispielsweise habe Ashok Khosla aus Indien über das Phänomen berichtet, dass, wenn Frauen in einer kleinen Papierfabrikation einen sicheren Arbeitsplatz hätten, plötzlich nur noch ein bis zwei Kinder zur Welt brächten, statt fünf bis zehn. Das bedeute, eine Eindämmung der Bevölkerungsentwicklung sei durchaus auch ohne Medikamentenentzug möglich, sondern durch das Auffinden und aktive Ansteuern von Synergien. Im Übrigen wolle er natürlich nicht die Grundstoffindustrie im Verkehr bestrafen. Er sage nur, eine langsame Veränderung des Preisgefüges sei notwendig, damit es sich nicht mehr lohne, einen Erdbeerjoghurt 8.000 Kilometer zu transportieren bis dieser auf dem Frühstückstisch stehe. Das sei absurd.

Zur Frage von Abg. Lötzer zu den Chancen einer Allianz zwischen der EU und Ostasien führt er aus, diese werde aktuell geschwächt durch die jetzt gerade neu existierende Allianz für Rohstoffsicherung der Deutschen Industrie. Letztlich zeigt er sich aber optimistisch.

Herr Friedel Hütz-Adams geht zunächst auf die Frage nach einem neuen Wachstums- und Wohlstandsmodell ein. In Peru habe es beispielsweise Abstimmungen unter der Bevölkerung der Regionen gegeben, in denen große Minen entdeckt worden seien. Die Bevölkerung sollte darüber entscheiden, ob die Mine ausgebeutet werden solle oder nicht. Aufgrund von 500 Jahren Erfahrung mit Ausbeutung von Rohstoffen habe sich die Bevölkerung dagegen entschieden und es vorgezogen, als Bauern weiter zu leben. Die Debatte, die man in Deutschland führe, werde also auch in anderen Ländern genauso

geführt. China sei auch so ein Beispiel. Vor ein paar Jahren habe er sich mit Natursteinen aus China beschäftigt. Dort habe man von einem Tag auf den anderen einfach wegen der immensen Umweltbelastung rund um eine Stadt 700 Steinbrüche ‚dicht‘ gemacht. Natürlich seien solche Entscheidungen so etwas wie ein Rückschlag für Wachstum nach den alten Kriterien. Aber die Frage sei, wie man denn Wachstum bemessen solle, wie sehe es mit den Staubschäden aus, den Silikosekranken und den dauerhaften Umweltschäden. Die Kommission für Wachstum in Frankreich von Präsident Sarkozy sei zum Teil auch diesen Folgewirkungen nachgegangen, und man komme zu ganz anderen Wachstumszahlen, wenn man die Folgewirkungen mit einberechne.

Auf die Frage von Abg. Skudelny nach den Lösungsansätzen weist er nochmals auf den Aspekt der Transparenz in der Rohstoffkette und in der Wertschöpfungskette hin, der für ihn von zentraler Bedeutung sei. Die Industrie habe dort reagiert und Dinge verändert, wo ein gewisser Druck durch Transparenz entstanden sei. Das zeige sich bei den Verbraucheranfragen bei Textilien, das zeige sich aber auch im Ölhandel. Es gebe vom Bundesumweltamt die Schätzung, dass 7 % des weltweiten Energieverbrauches nur in den Rohstoffabbau fließe, mit steigender Tendenz, weil die Vorkommen immer kleiner würden. Kupferabbau habe sich früher erst ab einem 5%igen Rohstoffanteil an den erzführenden Schichten gelohnt, heute rede man von 1 %. Der Abbau werde immer teurer und sei mit erheblichen Umweltschäden verbunden. Hier eine Veränderung hinzubekommen, sei nur mit Transparenz in den Griff zu bekommen. Von daher sei Transparenz für ihn ein Lösungsansatz. Der Dodd-Frank Act in den USA habe gezeigt, dass Unternehmen das machen könnten, wenn sie dazu gezwungen würden.

Auf die Frage von SV Reuter nach den Plünderungen, verweist er auf das Beispiel Gold. Man habe einen weltweiten Industrieverbrauch von 400 Tonnen Gold im Jahr mit riesigen Nebenwirkungen. Demgegenüber stünden weltweite Bestände von 160.000 Tonnen. Diese lägen zum größten Teil in Tresoren. Er habe einmal jemanden gefragt, der Gold ausgrabe, wie sich die Goldeffizienz steigern lasse. Dieser Mensch habe nur gesagt, das aus der Erde geholte Gold verschwinde direkt wieder im Dunkeln, nämlich zur Hälfte im Moment in irgendeinen Tresor und von dem Rest ein großer Teil als Schmuck auch in irgendeinem Tresor. Es stelle sich die Frage, ob das ein sinnvoller Umgang mit Ressourcen sei und ob man nicht so etwas wie eine 100-prozentige Recyclingrate vorgeben müsse. Sowohl 100 % dessen, was anfalle, müsse recycelt werden als auch 100 % von dem, was genutzt werde, müsse aus Recycling stammen. Das sei ein Langzeitziel, was für das Wachstum eventuell Folgen habe, weil bestimmte Dinge dann nicht mehr verfügbar seien.

Zur Frage von SV Carstensen führt er aus, die Krux an den Rohstoffpreisen bestehe darin, dass sie in der Regel nicht die wahren Preise widerspiegeln. Die ganzen Sozial- und Umweltfolgen flössen nicht mit ein. Das gelte auch in

den weiteren Produktionsketten. Er geht sodann auf die Handelspolitik, die deutsche Rohstoffpartnerschaft, die Handelsstrategie und die EU-Politik ein. Das Problem sei diesbezüglich, dass es keine kohärente deutsche Linie gebe, wie man ja schon an den verschiedenen Gremien, die damit beschäftigt seien, sehe. Er habe vor zwei Wochen mit Nichtregierungsorganisationen diskutiert und versucht herauszufinden, warum die Bundesregierung sich gegen diese EU-Transparenzinitiative wehre. Man habe sehr unterschiedliche Stimmen aus den verschiedenen Ressorts, dem Justizministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem BMZ gehört. Ihm, als Vertreter einer NGO (Non-Geovernmental Organization) sei immer noch nicht klar, warum die Bundesregierung hier kein einheitliches Bild abgebe.

SV Prof. Dr. André Habisch dankt Herrn Hütz-Adams für seinen sehr spannenden, interessanten Vortrag. Er zeigt sich skeptisch, ob in Zeiten der Globalisierung der Nationalstaat der entscheidende Faktor sein werde. Insbesondere stimmt er Herrn Hütz-Adams in seiner Forderung nach mehr Transparenz zu, zumal dies ein marktkonformes Kriterium sei. Er fragt, was weiter getan werden könne, um beispielsweise den Endverbraucher - auch in seiner Bereitschaft, mehr für gute Produkte auszugeben - zu stärken.

SV Michael Müller äußert die Überzeugung, dass es nicht automatisch in die Richtung einer ökonomischen Strategie beim Umgang mit der Knappheit bei Rohstoffen hinauslaufe. Er fragt, ob nicht eher ein fragwürdiger Rückfall in einen neuen Kolonialismus realistischer sei.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel fragt, an alle drei Sachverständigen adressiert, ob es Schätzungen gebe, wo unser heutiges Wohlstandsniveau läge, wenn man in den zurückliegenden 200 Jahren keinen systematischen Raubbau betrieben hätte.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kommt auf das Thema der Unternehmensverantwortung zu sprechen. Zum einen seien die sozialen Umweltstandards angesprochen worden, die natürlich die Politik setzen müsse. Beim Setzen dieser Rahmenbedingungen kommt sie auf die Ausführungen von Herrn von Weizsäcker zu sprechen, der gesagt habe: „Wir müssen auch Pioniere belohnen“. Es müsse also quasi eine Politik sein, die mit ihren scharfen Regeln die Pioniere belohne. Eine scharfe Umweltgesetzgebung nütze auch manchen Unternehmen, weil sie dann quasi ‚die Nase vorne‘ hätten. Hierzu werde immer das Gegenargument des ‚Carbon Leakage‘, der Verlagerung, genannt. Sie fragt, ob man Verlagerung nicht zur Not in Kauf nehmen müsse, weil sich sonst überhaupt nichts bewege. Zur Not müsse man eben akzeptieren, dass Unternehmen ankündigen, dass sie abwanderten.

SV Georg van Bracht beschränkt seine Frage auf die mangelnde Kenntnis der Lieferketten durch die Unternehmen. Er glaube schon, dass die Unternehmen an Transparenz interessiert seien. Sie zeigten das ja auch, indem sie Footprint-Analysen erstellen ließen, die natürlich sehr genau Aufschluss darüber geben würden, wie ökologisch ein Produkt wirklich sei. Das beant-

worte dann auch die Frage, ob die Verwendung von Aluminium im Automobil sinnvoll sei oder nicht. Es gebe natürlich noch weitere Maßnahmen, beispielsweise Zertifizierung nach ISO, wobei man ja nachweisen müsse, dass man die Lieferkette kenne. Und man müsse sogar Lieferantenaudits durchführen. Viele Unternehmen träten auch dem Global Compact bei. Das sei eine Initiative, die auch ethische Aspekte berücksichtige. Und durch die Teilnahme bekräftige ein Unternehmen, dass es ihm wichtig sei, dass ethische Dinge eingehalten würden. Er plädiert für die Kraft der Freiwilligkeit. Diese Regeln wirkten automatisch global, im Gegensatz zu der ein oder anderen Rechtsvorschrift.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke merkt an, man habe die ganze Zeit indirekt über den ökologischen Fußabdruck gesprochen, der ganz wichtig sei. Aber am Ende komme man leicht in ein Dilemma, das die FDP angesprochen habe, nämlich, dass man über politische Rezepturen rede, die immer in anderen Ländern gelten würden. Man müsse in andere Länder hineinregieren, was man aber in der Regel nicht könne. Das müsse man als Dilemma anerkennen, und deswegen rege er eine Gegenrechnung zum ökologischen Fußabdruck an. Er nennt mehrere Aspekte: Den Demonstrationseffekt, den Spillover-Effekt und den Leadmarkteffekt. Die genannten Aspekte müsse man eigentlich auch immer mit bilanzieren, wenn man vom Fußabdruck spreche.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) spricht auf die Verlagerung von ökologischen Kosten sowie die tatsächlichen und sozialen oder ökologischen Schäden an. Auch sie halte Transparenz für enorm wichtig. Sie fragt, ob es eine Schätzung darüber gebe, für wie viele der Produkte, die in Deutschland hergestellt werden, es tatsächlich eine Gesamtbilanz gebe, sowohl mit Blick auf ökologische wie auch soziale Nebenwirkungen.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kommt nochmal auf den Rebound-Effekt zu sprechen, ein Phänomen, das seit 150 Jahren bekannt sei. Leider gebe es immer noch kein einziges Beispiel, in der eine Entkopplung wirklich gelungen sei. Er fragt deshalb nochmal, ob die Preisregulierung ein moderates Mittel sei bzw. ob fiskalische Maßnahmen ausreichten? Natürlich gebe es auch noch andere Maßnahmen, z. B. Kontingentierung. Schlussendlich fragt er, ob die Forderung nach Transparenz nicht zu wenig und zu gefällig sei?

Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl spricht sich ebenfalls für mehr Transparenz aus. Das sei aber nur ein Teil der Problemlösung. Er sei am ehesten der Auffassung, dass man es am Besten über Umweltstandards und Zertifizierungsansätze hinbekommen könne, die man auf internationaler Ebene installieren müsse.

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker pflichtet SV Müller insofern bei, als dass auch er Tendenzen zu neokolonialen Aspekten erkenne. Er sei der Auffassung, eine Strategie, welche ein Land wie die Schweiz, Deutschland, Japan oder Korea in Richtung eines Faktors 5 oder 20 voranbringe, sei mög-

licherweise das realpolitisch wirksamste Instrument, um diesen ‚Ressourcenkolonialismus‘ zum Stoppen zu bringen.

Zur Frage von Abg. Bulmahn: Schätzungen von Gesamtbilanzen sei eine sehr schwierige Angelegenheit, die es nur in Ansätzen gebe. Es gebe eine Arbeitsgruppe über Environmental Impacts, und die habe eine Branchenstudie darüber erstellt, welche Branchen die größten ökologischen Fußabdrücke hinterließen. Da komme leider die Landwirtschaft zu allererst, was niemand wirklich gerne höre.

Zu Dr. Hermann Ott: Auch er wundere sich, warum es immer noch Wissenschaftler wie beispielsweise Amory gebe, die den Rebound-Effekt leugneten. Empirisch sei dieses Phänomen unglaublich gut belegt. Ein Teil der Frage sei, ob es nicht effektivere Mittel gegen den Rebound-Effekt gebe, wie z. B. Kontingentierung. Dies würde er unterm Strich bejahen. Nur in den 70er Jahren habe man die ganze Umweltpolitik auf Verordnungen und Kontingentierungen aufgebaut. Das habe entsetzliche negative Wirkungen, ganz besonders in Amerika, gehabt. Er plädiere deswegen für eine sanfte sozialpolitisch wie auch wirtschaftspolitisch verträgliche Preispolitik.

Herr Hütz-Adams beginnt mit einer kleinen Bemerkung zu Herrn Habisch zu den Verbrauchern und Verbraucherinnen. Er beschäftige sich hauptberuflich mit Produkten und deren (ökologischen) ‚Rucksäcken‘. Er habe mal eine Debatte mit seiner Tochter über Kleidung von H&M gehabt. Seine Tochter kaufe natürlich ständig bei H&M ein, und sie würde gerne woanders einkaufen, aber sie wisse nicht wo. Letztlich gebe es zwar andere Anbieter, die aber nicht ihren Geschmack trafen.

Der eigentliche Punkt aber, auf den er hinaus wolle, sei der, dass man aufpassen müsse, dass man nicht Verantwortung von Unternehmen dahin delegiere, dass sie sich nur dann verantwortlich fühlten, wenn man Produkte habe, die kontrolliert würden. Er habe mal eine Studie über Kinderarbeit in der indischen Steine-Industrie gemacht - mal abgesehen vom ökologischen Wahnsinn, dass indische und chinesische Pflastersteine den deutschen Markt beherrschten. Das sei für ihn als Vertreter einer NGO kaum an die Leute zu bringen, weil, die kauften fast nie Pflastersteine. Er habe zudem eine Studie über Kakao gemacht, die einen riesigen Pressewirbel erzeugt habe. Als Fazit zieht er, dass dies sehr vom Verhalten der Verbraucher und bei Verbraucherinnen abhängen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt allen drei Sachverständigen ganz herzlich im Namen der gesamten Enquete-Kommission für die Debatte, die sie als sehr bereichernd empfunden habe.

Tagesordnungspunkt 2

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 7. Mai 2012
"Voraussetzungen und Perspektiven für Innovation und Fortschritt in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Unternehmen"

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt; siehe hierzu die Festlegung zu
„Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Tagesordnungspunkt 3

Fortführung der Klärung von Dissenspunkten und Schlussfolgerungen aus den Beratungen vom 16. Januar 2012

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) schlägt vor, dass das Thesenpapier, vgl. Kommissionsmaterialie M-17(26)17, kurz eingeführt werde und erst in der nächsten Sitzung eingehend besprochen und diskutiert werden soll.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein stellt das Thesenpapier und die dahinterstehende Intention vor. Das Hauptanliegen des Thesenpapiers bestehe darin, nach einem Jahr Arbeit in der Enquete-Kommission der interessierten Öffentlichkeit zu zeigen, wo die Kommission stehe. Es gehe darum, einen Minimalkonsens abzubilden und er zeigt sich überzeugt, dass es sich inhaltlich um ein völlig unkontroverses Papier handele und als solches sei es auch gedacht.

Sodann stellt er die Thesen des Papiers im Einzelnen vor.

Nach Vorstellung des Papiers bekräftigt er noch einmal die zugrundeliegende Intention. Es gehe nicht um parteipolitische Taktik, sondern darum, als Gesamt-enquete mit einer Stimme zu sprechen und aufzutreten.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt Herrn Prof. Enderlein für die Vorstellung des Papiers und betont auch ihrerseits, dass es sich um ein Konsenspapier handeln solle.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein bekräftigt noch einmal seine Überzeugung, dass es sich um ein Papier handele, in dem sich viele Personen aller Parteien und Couleur wiederfinden könnten. Er bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass es nicht möglich gewesen sei, alle Mitglieder der Kommission in die Abstimmung des Papiers mit einzubeziehen. Die Einbringung des Papiers habe eine Beschleunigung genommen, die nicht beabsichtigt gewesen sei. Er appelliert an die übrigen Mitglieder, sich in die weitere Arbeit an dem Papier konkret mit einzubringen.

SV Prof. Hanns Michael Hölz bedauert zunächst, dass es für ihn keine Möglichkeit gegeben habe, sich an dem Papier zu beteiligen. Er halte es aber für falsch, wenn man deswegen „einen Graben aufmachen“ würde, weil sich die Enquete-Kommission auch ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit bewusst sein müsse.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt Herrn Prof. Hölz für seine Bereitschaft, an dem Papier mitzuarbeiten.

Abg. Claudia Bögel (FDP) bringt nochmals zum Ausdruck, dass sie nachhaltig über die Art und Weise der Einbringung des Papiers irritiert sei, insbesondere darüber, dass die Vertreter der Koalition nicht rechtzeitig informiert worden seien.

SV Prof. Dr. André Habisch gibt zu erkennen, dass es sicherlich viele Punkte in dem Papier gebe, denen er inhaltlich zustimmen könne. Gleichwohl gibt er seine Überzeugung kund, dass die Kommission mehr tun müsse, als nur einen Minimalkonsens darzustellen. Ziel der Kommission müsse vielmehr auch sein, neue Perspektiven aufzuzeigen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) erinnert auch mit Blick auf die Zeit, dass man sich drauf verständigt habe, das Papier nicht mehr inhaltlich zu diskutieren. Stand der Debatte sei, dass Herr Prof. Hölz und Herr Prof. Enderlein sich gemeinsam nochmal an die Arbeit an dem Papier machen.

Abg. Claudia Bögel (FDP) insistiert und weist darauf hin, dass nicht mehr alle Mitglieder anwesend seien. Auch diese müssten gefragt werden, ob sie an dem Papier mitarbeiten wollten.

SV Prof. Dr. Henrik Enderlein unterbreitet sodann folgenden Verfahrensvorschlag: Er fordert sämtliche Kommissionsmitglieder auf, sich bis Freitag in der darauffolgenden Woche mit Kommentaren und Anregungen einzubringen. In einem zweiten Schritt sollten Herr Hölz und er das Papier redigieren, um es sodann in der Kommission vorzustellen. Dann habe man eine gemeinsam erarbeitete, konsolidierte Abstimmungsgrundlage.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) entgegnet, in den kommenden Sitzungen stünden die Zwischenberichte zweier Projektgruppen auf der Tagesordnung. Sie könne daher den Vorschlag von Herrn Enderlein nicht unterstützen.

Auch Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) zeigt sich irritiert über die Art und Weise der Einbringung des Papiers. Es sei der bisherigen guten Kooperation abträglich, wenn die Koalitionsseite quasi ‚überfallsmäßig‘ mit einem Thesenpapier konfrontiert würde. All das empfinde er als sehr schade. Bevor er etwas zu dem Papier beitragen könne, lege er Wert darauf, sich vorerst innerhalb der Arbeitergruppe der Fraktion verständigen zu können. Auch könne er keinen Zeitdruck erkennen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) schließt die Rednerliste und kündigt an, die Debatte über den Umgang mit dem Thesenpapier in der Obleuterunde fortzuführen.

SV Prof. Dr. Christoph Schmidt empfindet es ebenfalls unglücklich, wie das Thesenpapier eingebracht wurde. Das Ganze habe ein wenig den Charakter einer Unterschriftenaktion. Man bekomme ein mehr oder weniger fertiges Papier vorgesetzt und es heiße, man könne bis morgen daran teilnehmen. Und wenn man noch redaktionelle Änderungen habe, würden die dann vielleicht noch berücksichtigt oder auch nicht. Das entspreche nicht seiner

Vorstellung von der Arbeit in der Enquete-Kommission. Eigentlich sollte die Projektgruppe erst zu einem Ergebnis kommen, um sich dann in Ruhe darüber Gedanken zu machen, ob man das zu einem Papier zusammenführen könne. Das Verfahren finde er insgesamt nicht akzeptabel.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) schließt diesen Tagesordnungspunkt mit Verweis darauf, dass die Debatte über das Thesenpapier in der Obleuterunde fortgeführt werden solle.

SV Herr PD Dr. Norbert Reuter legt Wert darauf, dass ebenfalls die Frage nach den Auswirkungen niedriger Wachstumsraten eine wichtige Rolle in der Arbeit der Enquete spielen müsse. Er habe zunehmend den Eindruck, dass die Projektgruppe 1 nicht der richtige Ort für diese Diskussion sei. Diese Debatte finde in der Projektgruppe 1 schlichtweg nicht statt. Papiere, die er dazu geschrieben habe, seien zurückgewiesen worden. Deswegen laute seine Frage, wann und wo diese Fragen diskutiert würden. Er habe mittlerweile die Befürchtung, dass diese Frage, wenn sie jetzt nicht in der Projektgruppe 1 aufgegriffen werde, unter den Tisch falle.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) antwortet hierauf, SV Prof. Schmidt habe dankenswerter Weise Zahlen zu dieser Fragestellung geliefert, u. a. zur Tragfähigkeitslücke unter bestimmten demografischen Annahmen, aber auch verschiedenen Wachstumsannahmen. Aber diesbezüglich sei man noch in einem Arbeitsprozess, der zudem in der kommenden Obleuterunde besprochen werden solle.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) bringt ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, ob es der Enquete-Kommission noch gelingen werde, wirkliche Ergebnisse zu präsentieren. Man habe eine Verantwortung vor der Öffentlichkeit. Sie appelliert deshalb an alle Beteiligten, dem Vorschlag von SV Enderlein zu folgen und sich an dem Thesenpapier zu beteiligen. Es sei an der Zeit, dass man der Öffentlichkeit auch Ergebnisse präsentiere.

Abg. Judith Skudelny (FDP) entgegnet dem, dass die Arbeit in den Projektgruppen mindestens genauso wichtig sei wie ein gemeinsames Thesenpapier. Ihrer Ansicht nach sollten die Ergebnisse aus den Projektgruppen kommen.

Tagesordnungspunkt 4

Berichte aus den Projektgruppen

Dieser Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich abgesetzt; siehe hierzu Tagesordnungspunkt 5.

Tagesordnungspunkt 5

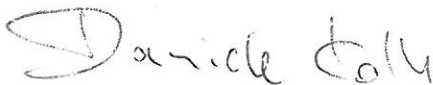
Verschiedenes

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt allen Beteiligten für die höchst spannende Debatte. Angesichts des Zeitablaufs ruft sie TOP 4 „Berichte aus den Projektgruppen“ ebenfalls nicht mehr auf.

Sie schließt die Sitzung um 16.45 Uhr.

Schluss der Sitzung: 16.45 Uhr

Bü/We/Ha/Wa



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende